Morgen=Ausgabe.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Posen außer in der Expedition bei Krupski (C. H. Ulrici & Co.) Breitestraße 14; in Gnesen bei Herrn Th. Spindler, Markt= u. Friedrichstr.=Ecke 4; in Grätz bei Herrn L. Streisand; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.

Posener Zeitung.

Siebenundsiebzigster Jahrgang.

Annoncen-Annahme-Bureaus: In Berlin, Hamburg, Wien, München, St. Gallen: Rudolph Mosse; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien u. Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin: A. Retemeyer, Schloßplatz; in Breslau: Emil Kabath.

Nr. 394.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 10. Juni.
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am folgenden Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1874.

Der Südosten Europas

ist seit Kurzem wieder einiger Aufmerksamkeit werth. Wir haben bereits Gelegenheit gehabt mitzutheilen, daß die Reise des Fürsten Milan von Serbien nach Konstantinopel keineswegs so glatt abgelaufen ist wie man anfangs allgemein meinte. Milan beanspruchte bekanntlich als Lohn für seine Huldigungsreise zweierlei: Anschluß der serbischen Eisenbahnen an das türkische Eisenbahnnetz und Herausgabe der Festung Klein-Zwornik, einer Enclave in Serbien. Seine erste Forderung wurde bewilligt, nicht aber die zweite. Milan reiste ärgerlich ab und besuchte den Fürsten Karl in Bukarest, woselbst er mehrere Tage verweilte.

Die Annahme, daß beide Etwas gegen die Türkei im Schilde führen, hat sich nur zu bald bestätigt. Wie telegraphisch aus Belgrad gemeldet worden ist, hat der daselbst zurückgekehrte Fürst beim Empfange einer Landesdeputation das durch den Besuch in Bukarest besiegelte serbisch-rumänische Bündniß als einziges hochwichtiges Resultat seiner Reise bezeichnet. Man fühlt den schneidenden Hohn, der in diesen Worten liegt und gegen den Souverän, den Sultan, gerichtet ist.

Auffallend erscheint es nur, daß die beiden Fürsten so offen und vor aller Welt ihr Geheimniß enthüllen, das ihnen manche Verlegenheiten bereiten kann. Das Räthsel ist jedoch leicht gelöst, wenn wir uns die Situation in Serbien vergegenwärtigen. Die Oppositionspartei im Lande war bekanntlich von vornherein gegen eine Reise des Fürsten nach Konstantinopel eingenommen. Von Türkenhaß erfüllt sah sie in derselben eine Demüthigung und einen Verzicht auf die Hoffnung der Wiederherstellung eines großen serbischen Königreichs. Die Weigerung, welche die Pforte den Forderungen Serbiens entgegensetzte, hat die Aufregung aufs Höchste gesteigert. Die Opposition klagt die Regierung an, die Ehre des serbischen Namens preisgegeben zu haben und dem nationalen Programm untreu geworden zu sein. Sie verlangt, der Fürst solle sich Satisfaktion für die Beleidigung verschaffen, die dem gesammten Serbenvolke in Konstantinopel zugefügt worden sei, und zwar sei der Krieg gegen den Erbfeind die einzig mögliche Genugthuung. Die Atmosphäre war in Folge dieser Umstände eine so drückende geworden, daß man dem Fürsten Milan ernstlich den Rath gab, sich ins Ausland zu begeben und abzuwarten, bis der Sturm sich gelegt haben würde. Diese Fahnenflucht hätte jedoch einen Sturz der Dynastie zur Folge haben können. Dem Fürsten blieb demnach nur die Wahl übrig: wollte er nicht auf die Regierung verzichten, so mußte er den aufgeregten Leidenschaften Rechnung tragen. Das ist der Ursprung der Manifestation, welche aus Belgrad gemeldet wurde. Der Fürst wollte durch die Drohung nach Außen die Unzufriedenheit im Innern beschwören.

Man hätte somit Ursache, die kriegerische Manifestation in einem etwas milderen Lichte zu betrachten, indem man daran festhält, daß der Fürst nur den Krieg in Aussicht stellte, um nicht augenblicklich losschlagen zu müssen. Trotzdem hat die Situation noch ihre bedenklichen Momente. In Belgrad zirkulirte in den letzten Tagen das Gerücht, daß die Griechen und Bulgaren sich dem serbisch-rumänischen Bündniß angeschlossen hätten. Als bestimmte Thatsache wurde weiter gemeldet, daß der Fürst von Montenegro mit dem Fürsten Karl von Rumänien einen aus acht Punkten bestehenden Vertrag abgeschlossen hat. Diese Meldung ist von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit, weil sie beweist, daß das Bündniß, dem nun auch Serbien beigetreten ist, einen sehr ernsten Hintergrund hat und gleichbedeutend mit einem Schutz- und Trutzbündniß ist.

Dieser neue Staatenbund, der die Idee der Donaukonföderation zur Wirklichkeit macht, muß den Dingen im Orient eine ganz neue Gestalt geben. Es ist nicht anzunehmen, daß die Verbündeten es zunächst auf eine kriegerische Action abgesehen haben. Sie rechnen vielleicht auf die finanziellen Verlegenheiten der Türkei, vielleicht auf die Unterstützung der europäischen Diplomatie und hoffen, durch deren Vermittelung ohne Waffengewalt die heiß ersehnte Unabhängigkeit zu erlangen.

Ob die Pforte sich jedoch dazu bequemen wird, auf ihren Besitz in Europa freiwillig zu verzichten? Die entschiedene Weigerung derselben, den Wunsch Serbiens zu erfüllen, so wie die seitens des Sultans dem Fürsten Milan gegenüber in einer persönlichen Audienz gethanen Aeußerungen, beweisen unzweideutig, daß man am Bosporus zu ferneren Conzessionen nicht mehr geneigt ist.

Wie dem jedoch nun auch sein mag, wenn auch kein kriegerischer Conflict in naher Aussicht steht, so ist doch eine entscheidungsvolle diplomatische Campagne zu erwarten. Offiziöse Correspondenzen melden nun auch bereits, daß das serbisch-rumänische Bündniß zunächst die Revision des Pariser Vertrages von 1856 mittels einer Conferenz der Schutzmächte anstreben.

Man darf darauf gespannt sein, welche Haltung die Mächte, speziell Rußland und Oesterreich, in dieser Donaufürstenthumfrage einnehmen werden. L.

△ Zur Rechtfertigung des Städtetages.

Gestatten Sie mir nur wenige Worte zur Widerlegung der in Ihrem geschätzten Blatte enthaltenen, die Beschlüsse des 2. Städtetages betreffenden Artikel, namentlich des — ng.=Artikels in der Zeitung vom 4. und des — hn.=Artikels in dem Morgenblatte des 6. d. M. Was der Herr Verfasser für Erwartungen von dem 2. Städtetage gehegt, ist uns natürlich unbekannt, wenn wir aber seine Wünsche nach Inhalt des Artikels zu beurtheilen vermögen, so hätte der Städtetag

1) eine Petition an das Staatsministerium richten müssen, in das neue Unterrichtsgesetz eine die Simultanschule sichernde Bestimmung aufzunehmen:
2) sich nicht gegen das Institut der Distrikts-Kommissarien aussprechen;
3) nicht einen jeder gesetzlichen Basis entbehrenden Beschluß betr. die Erstattung der polizeilichen Transportkosten fassen und
4) den Vertreter der Stadt Wielichowo mit seinem Antrage auf Unterstützung zur Erreichung der Abänderung des § 28 des Ges. vom 6. Juni 1870 nicht ab- und auf den Weg der Privatklage verweisen sollen.

Ad 1 entgegnen wir dem Herrn Referenten, daß, wie er selbst eingesteht, die über das Schulwesen angenommenen Resolutionen an Klarheit nichts zu wünschen übrig lassen, und wenn daher höheren Ortes auf sie gerücksichtigt werden soll, dies auch ohne besondere Eingabe an das Staatsministerium geschehen wird. Der Städtetag ist nicht eine Institution, die den Zweck hat, alle Ministerien zu belagern, sondern den einzelnen Vertretern der städtischen Gemeinden Gelegenheit zu bieten, untereinander über alle die wichtigsten Gemeindeinteressen berührenden Angelegenheiten ihre Meinungen auszutauschen, solche an einander zu bilden und zu läutern und somit schließlich zu dokumentiren, welcher Ansicht über diese Dinge die Majorität der Gemeindevertreter ist. Die Hauptsache also ist, daß es ausgesprochen wird, diese oder jene Maßregel erscheine erforderlich oder wünschenswerth, nicht aber, daß dieser Ausspruch auch sofort dem betreffenden Ressortminister mitgetheilt wird. Im vorliegenden Falle ist der qu. Ausspruch in den Resolutionen enthalten und daß er nicht in Form der Petition sofort nach Berlin gesandt, scheint uns wenigstens nicht genügend, um die Verhandlungen des Städtetages als hinter den Erwartungen zurückgeblieben zu bezeichnen.

Was den 2. Punkt anbetrifft — und hier wenden wir uns auch gegen den Verfasser des — g.=Artikels, so hat sich in den Verhandlungen des Städtetages Niemand gegen die Distriktskommissarien ausgesprochen, als der Referent Bürgermeister Reimann (Lissa) und auch dieser nicht, weil die Herren nicht qualifizirt seien, sondern weil er der Ansicht, daß eine Doppelstellung, wie sie der Friedenthal'sche Entwurf ihnen anweist, als unmittelbare Vorgesetzte des großen Grundbesitzes, und gleichzeitig als subalterne dem Landrath untergebene Beamte einer — und als Vorsteher mehrerer Kommunalbezirke andrerseits seiner Ansicht nach zu Unzuträglichkeiten führen werde, unter denen entweder die Polizeigewalt des Staates oder die Kommunalselbstverwaltung leiden müsse, welche auch den Herrn Regierungskommissar der Provinz zugebilligt. Der Herr Referent machte auf Grund der auch im — g.=Artikel angeführten Worte des Herrn Regierungskommissars sehr bestimmte Vorschläge, die hier näher zu erörtern, zu weit führen würde und beantragte schließlich die bekannten angenommenen Resolutionen, nachdem er in sehr eingehender Weise nachgewiesen, daß auch mit Beibehaltung der Distriktskommissarien die Kreisordnung entschieden anzunehmen sei. Es gewinnt daher den Anschein, als hätten die beiden Herrn Verfasser den Versammlungen des Städtetages überhaupt nicht beigewohnt, sondern sei die Basis ihrer Angriffe lediglich das Referat der Zeitung, welches allerdings gerade diesen Theil den Verhandlungen stiefmütterlich behandelt hat.

Rücksichtlich des dritten Monitums ist der Herr Verfasser, wie er übrigens wohl selbst nicht gezweifelt, auf der richtigen Fährte wenn er den Beschluß unrichtig wiedergegeben glaubt. Derselbe lautet wörtlich:

Der ständige Ausschuß des Städtetages wird beauftragt, bei der kgl. Regierung und ev. durch die Instanzen dahin vorstellig zu werden, daß

1) dieselbe die Herrn Landräthe anweise, die Gensdarmen dahin zu instruiren, daß sie die von ihnen ergriffenen Landstreicher 2c. nur derjenigen Gemeindebehörde zum Transport zuführen, in deren Bezirk sie ergriffen,
2) dieselbe mit Rücksicht auf den § 13 II zu 2a der Transport-General-Instruktion vom 16. September 1816 geeigneten Ortes dahin wirken wolle, daß die Staats- und Polizei-Anwälte angewiesen werden, die Gerichtskassen zur Zahlung der Transportkosten für alle diejenigen Transportaten zu requiriren, rücksichtlich welcher von ihnen die gerichtliche Haft beantragt wird.

Schließlich kommen wir zum letzten Punkte und hier unterschreiben wir Wort für Wort, was der Herr Verfasser des —hn-Artikels sagt. Aber der Städtetag hat keineswegs die Angelegenheit mit dem guten Rath an den Vertreter zu Wielichowo für erledigt erklärt, sondern im Gegentheil beschlossen: Die Frage, in wie weit hat sich die Nothwendigkeit der Abänderung des Gesetzes vom 6. Juni 1870 fühlbar gemacht? auf die nächste Tages-Ordnung zu stellen. Daß die Posener Zeitung in ihrem Referat dies mitzutheilen übersehen, ist aber nicht Schuld des Städtetages.*) So bleibt von all' den Kriterien des Zurückbleibens hinter den gehegten Erwartungen nichts übrig, als die Nichtbetheiligung der Provinzial-Hauptstadt am Verbande und wir meinen, auch hieran trage der Städtetag die Schuld nicht, wenigstens nicht allein. Wir sind daher zum entgegengesetzten Resultat gekommen, wir sind der Ansicht geworden, daß obwohl Posen bisher nicht beigetreten und von 30 Verbandstädten nur 21 durch 27 Deputirte vertreten waren (nicht 18 durch 22 Vertreter wie referirt worden), der Städtetag Alles geleistet hat, was eine so junge Institution in unserer zerrissenen Provinz zu leisten vermag, wir sind den erschienenen Vertretern wie deren Gemeinden dankbar und bitten sie, sich durch Artikel wie der —hn-Artikel in der begonnenen Arbeit nicht beirren zu lassen. Schließlich wollen wir nachrichtlich wenigstens noch mittheilen, daß auf dem Städtetage auch die Idee der Gründung einer Wittwenkasse für die Gemeindebeamten aller Kategorien angeregt worden ist und weiter verfolgt werden wird. Zwecks geselliger Vergnügungen schicken die städtischen Gemeinden ihre Vertreter nicht nach Posen.

Projekte in Betreff neuer Reichsbehörden.

BAC. **Berlin**, den 8. Juni. Es regen sich wieder lebhafter die Nachrichten, daß in der Organisation der Reichsbehörden weitere Fortschritte gemacht werden sollen. Außer geheimnißvollen Andeutungen über den „Generalsekretär", welcher sich bis jetzt immer noch in Dunkel hüllt, tritt in bestimmter Form die Meldung auf, daß ein *Reichsjustizamt* geschaffen werden soll. Unzweifelhaft deuten diese Nachrichten auf Erwägungen hin, welche wie eine Vorbereitung zur Ausführung von an maßgebender Stelle gefaßten Gedanken betrachtet werden dürfen. Niemand wird das dringende Bedürfniß der angedeuteten Vervollständigung in Abrede stellen, und der erste Schritt hierzu ist jedenfalls erfreulich; doch möchten wir schon in diesem ersten Vorbereitungsstadium nicht verhehlen, daß wir den Entschluß *nur dann* für einen fruchtbringenden halten würden, wenn in Wahrheit ein *organisatorischer* Gedanke dadurch ausgeführt und nicht blos eine äußerliche Abfindung gegeben würde. Ueber den „stellvertretenden Generalsekretär" können wir überhaupt keine Ansicht äußern, so lange nicht der Plan in einer greifbaren Form auftritt. Im Allgemeinen über Organisationen Ideen auszusprechen, bringt keinen Nutzen, so lange nicht ein bestimmter Anhaltspunkt dafür gegeben ist, was geschaffen werden soll. Anders verhält es sich mit dem *Reichsjustizamt*; schon in der Benennung dieser Behörde liegt eine klare Andeutung dessen, was ausgeführt werden soll. Geleitet von der Erkenntniß der mangelhaften Art, in welcher bisher die Reichsgesetze durch Vorarbeiten des preußischen Ministeriums und vereinzelten Kommissionen vorbereitet werden, belehrt durch die Erfahrung darüber, daß dieser Weg den größten Schwankungen und Ungewißheiten unterworfen ist, empfindet man die Nothwendigkeit, einen festen Mittelpunkt für die Gesetzgebung des Reichs zu schaffen. Wenn von einem „Reichs*justiz*amt" und nicht von einem „Reichs*gesetzgebungs*amt" die Rede ist, so ist dieser Ausdruck im Wesentlichen dadurch diktirt, daß die größte Schwierigkeit derjenigen Gesetze, mit denen das Reich in nächster Zeit befaßt sein wird, in die *weitere Ausbildung der Rechtseinheit* fällt, sowie auch darin, daß fast jedes andere Gesetz so viele juristische Nebenmomente darbietet und, was auch im Uebrigen sein Hauptinhalt sein mag, dem Gutachten des Reichsjustizamtes unterliegt. Im Wesentlichen wird also unter dem „Reichsjustizamt" eine die Gesetze entwerfende und begutachtende Behörde gedacht werden müssen. Diese Idee ist nur fruchtbar, wenn man an eine *selbstständige* Behörde denkt, völlig unfruchtbar dagegen würde sie bleiben, wenn das Reichsjustizamt nur als eine *Unterabtheilung des Reichskanzleramts* gedacht werden sollte; einzelne Andeutungen scheinen auch auf diese Einrichtung hinzuweisen. Mit einer lediglich bureaukratischen Unterabtheilung des Reichskanzleramts wäre kein Schritt nach vorwärts geschehen. Das Reichskanzleramt ist zugestandenermaßen jetzt schon so sehr mit Arbeiten überlastet, daß es dem unmittelbaren technischen Vorsteher desselben, dem Präsidenten des Reichskanzleramts, nicht gut möglich ist, die volle Verantwortlichkeit für dasselbe zu übernehmen. Wir wollen hiermit keineswegs sagen, daß nicht für jeden einzelnen Schritt der im Reichskanzleramte geschieht, Auskunft und Vertretung von dem Präsidenten desselben erlangt werden könnte; aber gewiß würde man wegen vielfacher Unterlassungen diesem hervorragenden Beamten des Reichs mit Unrecht einen Vorwurf machen, da die Alles umfassende Fürsorge für diejenigen Gegenstände, welche im Reichskanzleramte zusammenfließen, die Kräfte eines einzigen verantwortlichen Chefs bei Weitem übersteigt. Beinahe tritt hier die analoge Stellung des Reichskanzlers selbst in einem nur dem Inhalte, nicht dem Umfange nach verminderten Grade ein; dennoch sind die Direktoren, welche im Reichskanzleramte jetzt die nominellen Vorsteher der einzelnen Abtheilungen sind, nicht in der Lage, selbstständige Handlungen vorzunehmen und für das Fehlende zu sorgen; die in dem Haupte vereinigte Verantwortlichkeit hindert sie hieran. Wird nun zu den jetzigen Abtheilungen des Reichskanzleramtes eine neue Abtheilung für das Gesetzgebungswesen hinzugefügt, so bleibt Alles beim Alten und nur das Dezernat erhält eine andere Eintheilung. Allein helfen kann nur *ein völlig selbständiges Zentralamt*; welches mit eigenem Rechte und aus eigenem Impulse Gesetze anregt und vorbereitet. Als Analogie hierzu wäre an das Reichseisenbahnamt zu denken; jedoch um so viel schwieriger und verwickelter dieses Reichsjustizamt als das Reichseisenbahnamt ist, um so ausführlicher und fester müßten auch die Funktionen des neuen Reichsamtes verbürgt sein. Nicht auf dem Nebenwege einer bloßen Budgetbewilligung für einige Direktoren und einige Räthe läßt sich das Reichsjustizamt oder Reichsgesetzgebungsamt herstellen, sondern es muß mindestens vorher der Plan desselben reiflich durchdacht und die Selbstständigkeit seiner Stellung verbürgt sein. Es ist besser, daß *gerade beim Anfang* die Schwierigkeiten der neuen Einrichtung genau erkannt, als daß Versuche gemacht werden, welche in ihrem Ausgang nicht zu dem erwünschten Ziele führen, sondern allerlei Weiterungen veranlassen und ein Fortschreiten auf dem richtig erkannten Wege hemmen.

*) Aber daß der Städtetag keine Ergänzung forderte, ist seine Schuld. Einem Referenten, der 4—5 Stunden den verschiedensten Debatten folgen muß, ist es nicht zu verdenken, wenn er Einzelnes mangelhaft wiedergiebt.
Red. d. Posener Ztg.

Deutschland.

— c. **Berlin**, 8. Juni. In die schon sprüchwörtlich gewordene Schwerfälligkeit unserer *Stadtverwaltung* hat das neue *Zivilstandsgesetz* ein nicht zu unterschätzendes, rühriges Leben gebracht. Bis zum 1. Okt. müssen die Standesämter eingerichtet sein und da ist eben nicht lange Zeit zu fackeln. Freilich ist die Aufgabe keine geringe, hier in Berlin die nöthigen und einigermaßen anständigen Räumlichkeiten zu beschaffen. Man trägt sich daher mit der Ausführung eines sehr vernünftigen Planes, nämlich mit der Errichtung von Stadthäusern ungefähr nach Art der pariser Arrondissements-Mairien, die denn auch bei der gleichfalls in Aussicht genommenen Dezentralisation der Verwaltung unseres Stadtungethüms unabweislich nothwendig werden. Jeder Anfang zur Besserung unserer wahrhaft kläglichen Verwaltungsverhältnisse kann nicht anders als freudig begrüßt werden. Es ist übrigens für unsere sozialen Zustände sehr charakteristisch, daß sich für die 13 zu besetzenden Standesämter über 1000 Bewerber gefunden haben. — Nun der Krach besonders in die Baugesellschaften gefahren und das „Gründerviertel zwischen Steglitz und Potsdam" — wie boshafte Spötter jene während der Zeit der wildesten Terrain-Spekulationen aufgekauften Sandflächen nannten — bereits wieder

seiner ursprünglichen Bestimmung, nämlich dem Kartoffelbau zurückgegeben ist, wird unsere Hauptstadt von der Nachricht einer zu erbauenden Baubörse überrascht. Wahrlich, das ist moutard après le diner! Denn gebaut wird leider in diesem Jahre so viel als Nichts, von den anderen städtischen und Staatsbauten der verschiedensten Art natürlich abgesehen. Diese Zeit des daniederliegenden Baugewerks benutzen denn auch die Arbeiter auf das Beste, um die durch jene endlosen Strikes hervorgerufenen Mißstände zu beseitigen. Eine Lohnherabsetzung hat bisher nicht stattgefunden, indeß ist die Einführung von Arbeitskarten durch den Verband der Maurer- und Zimmermeister durchgesetzt und auf diese Weise sind die weniger leistungsfähigen Gesellen von jenen hohen Löhnen ausgeschlossen. Diesem Nachtheil, den die Strikes im Gefolge hatten, daß der faule und schlechte Arbeiter von dem guten und fleißigen mitgeschleppt wurde, ist jetzt endlich abgeholfen. — Zum Schluß noch eine gewiß alle Ihre Leser interessirende Nachricht. Soeben gelangt eine Mittheilung des Dr. Schweinfurth an die hiesige geographische Gesellschaft, derzufolge der vielgeprüfte Afrikareisende Dr. Nachtigall bei guter Gesundheit auf der Rückreise nach Europa begriffen ist.

— Dem Vernehmen nach wird die Regierung in der nächsten Session mit einem schon früher geplanten Gesetz-Entwurfe vorgehen, welcher das Prozessionswesen der katholischen Kirche regeln, und namentlich die öffentlichen Straßen von den kirchlichen Aufzügen freihalten soll. Früher schon wurden deshalb die nöthigen Berichte und Gutachten von den Behörden eingezogen und nach deren Eingange eine gewisse Art von Prozessionen unter das Vereinsgesetz gestellt, weil die betreffende Gesetzesbestimmung nur solche Prozessionen, Wallfahrten und Bittgänge vor der vorgängigen Polizei-Erlaubniß ausnimmt, welche in hergebrachter Weise gehalten werden. Abgesehen von dieser gezwungenen Interpretation, will man der Sache jetzt auf gesetzlichem Wege beikommen und dabei einen besonderen Nachdruck auf Verkehrsstörungen legen, da in manchen Gegenden die Prozessionen eine Woche andauern, Andersgläubige dadurch verletzt, und Straßen-Tumulte herbeigeführt worden sind. (Auch bei der Frohnleichnamsprozession in voriger Woche sind an vielen Orten wieder mancherlei Exzesse vorgekommen.) In Frankreich verordnet ein Gesetz, daß kirchliche Prozessionen nur in solchen Ortschaften sich auf freier Straße bewegen dürfen, in welchen ausschließlich Katholiken wohnen, während die kirchlichen Aufzüge sonst überall auf die Kirchen beschränkt sind, ein Gesetz, das allerdings schon unter Louis Philipp und noch mehr unter dem verflossenen Bonaparte, ganz außer Uebung kam, nichtsdestoweniger aber immer noch Gesetz ist.

— Wie die DRC. hört, befindet sich der Geh. Legationsrath **Bucher** in Folge der anstrengenden Dienstgeschäfte in einer derartigen Abspannung, daß er einen mehrwöchentlichen Urlaub zur Wiederherstellung seiner Gesundheit demnächst antreten wird. — Der Reg.-Assessor Graf zu Eulenburg, welcher dem Fürsten Bismarck zur Besorgung der Privatkorrespondenz nach Varzin gefolgt ist, ist ein Sohn des Regierungs-Präsidenten von Marienwerder.

— Der Reichskriegsschatz ist nun im Juliusthurm zu Spandau niedergelegt worden. Am Mittwoch wurden die ersten, am Freitag die letzten 20 Millionen mittelst Trainkolonnen dorthin befördert.

— Wie uns ein Privattelegramm meldet, haben bei den hiesigen Führern der Sozialdemokratie in früher Morgenstunde gleichzeitig polizeiliche Haussuchungen stattgefunden. Dem Vernehmen der „Spen. Ztg." nach steht diese Maßregel im Zusammenhange mit ähnlichen aus den Provinzen gemeldeten, welche zur Evidenz herausgestellt haben, daß der „Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein" nicht, wie vorgegeben wird, ein einheitlicher, zu Berlin domizilirter Verein, vielmehr aus selbstständigen Zweigvereinen in fast allen Städten Deutschlands unter Oberleitung des hiesigen Zentral-Ausschusses zusammengesetzt ist und mithin gegen das ausdrückliche Verbot des § 8 Lit. b. des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 verstößt. Hiernach geht der „Allgemeine Deutsche Arbeiter-Verein" nach den Strafbestimmungen, welche eben dieses Gesetz enthält, dem Schicksale einer abermaligen Schließung entgegen, welchem er wahrscheinlich schon früher erlegen sein würde, wenn die hiesigen Gerichte es nicht unmittelbar nach der Schließung im Jahre 1868 abgelehnt hätten, die Identität des sofort von dem damaligen Präsidenten J. B. v. Schweitzer wieder ins Leben gerufenen Vereins mit dem rechtskr[illegible] als nachgewiesen anzusehen. Ueber das Resultat der ein[illegible]pricht von 20) Haussuchungen ist nichts Näheres bekannt, die [illegible]tlichen saisirten Akten, Bücher und Papiere sind sofort von der Kriminal-Polizei dem Staatsanwalt Tessendorff zugestellt worden.

— Im Abgeordnetenhause hat in den letzten Tagen der Neubau, welcher zur Herrichtung eines neuen Foyers hinter dem Sitzungssaale behufs Einführung der Abstimmung durch Theilung der Versammlung (itio in partes) unternommen worden und mit Erweiterung der Restauration verbunden werden soll, begonnen — Ferner ist jetzt eine Wohnung für den Präsidenten des Hauses in dem stattlichen Neubau in der Leipzigerstraße, Ecke der Charlottenstraße, definitiv auf eine Reihe von Jahren gemiethet und soll die Wohnung ihrem Zwecke entsprechend eine glänzende Einrichtung erhalten.

Ameln (bei Jülich), 5. Juni. Welche Früchte der überall in der hiesigen Gegend geflissentlich angeregte und beförderte Fanatismus trägt, hat sich u. a. auch bei einem Concerte gezeigt, welches auf Betreiben mehrerer angesehener „gut" katholischer Notabeln der Umgegend vor Kurzem durch den hiesigen Bahnhofs-Restaurateur veranstaltet worden ist. Da derselbe evangelisch ist, so „entstand" das Gerücht, das Concert gehe von den Gegnern des Ultramontanismus aus und solle zur Feier der Publikation der Maigesetze dienen In Folge davon sammelte sich um das Concert-Zelt der Pöbel aus der Umgegend, warf mit Steinen auf dasselbe und versuchte es Abends in Brand zu stecken. Man fand sogar, daß einzelne Bretter des Zeltes von außen mit Petroleum getränkt worden waren, um den Brand zu befördern. Glücklicher Weise wurde das Feuer in der Entstehung bemerkt und sofort gelöscht.

Stuttgart, 5. Juni. König Karl ist gestern von seinem Ausfluge von Straßburg hierher zurückgekehrt, wo er das dort garnisonirende Württembergische 8. Infanterieregiment inspicirt hat; daß er bei dem Mahle, welches er dem Offiziercorps gab, einen Trinkspruch auf „unseren vielgeliebten Kaiser Wilhelm" ausbrachte, wäre an sich nichts Bemerkenswerthes, wenn es nicht zusammenträfe mit anderen Symptomen, welche auf eine Besserung der bisher zwischen dem Preußischen und Württembergischen Hof bestandenen Beziehungen weisen. Auf dem Rückwege von Straßburg versäumte der König nicht, die in Baden verweilende Kaiserin Augusta zu besuchen, und dieser Besuch ist gleichsam das Seitenstück zu dem zu bezeichnen, welchen die Königin Olga, wie gemeldet, in der vorigen Woche zu Ems machte, wo sie mit Kaiser Wilhelm zusammentraf.

Frankreich.

Paris, 7. Juni. Das Programm, welches das linke Zentrum einstimmig angenommen hat, lautet:

Die Versammlung des linken Zentrums hält es wegen der ernsten Verhältnisse und der dringlichen Nothwendigkeit einer Lösung für nützlich, in einem Sitzungsbericht die beharrliche Gesinnung ihrer Mitglieder niederzulegen. Die Versammlung hat stets geglaubt, daß die Unsicherheit des folgenden Tages, die Abwesenheit einer endgültigen Regierung die Hauptursachen der Besorgnisse und der Leiden des Landes seien. Am 7. Dezember 1872 verlangte das linke Zentrum in einem von 110 Mitgliedern der National-Versammlung unterzeichneten Antrag die Organisation der Republik. Es trat am 24. Mai 1873 für die Gesetzentwürfe ein, durch welche dieselbe errichtet werden sollte. Ungeachtet des Wechsels der Personen seinen Zweck verfolgend, nahm es später das, was mehrere seiner Mitglieder zuerst in Vorschlag gebracht hatten, nämlich die Verlängerung der Gewalten des Herrn Marschall de Mac Mahon, als den Ausgangspunkt für eine zu lange hinausgeschobene Regierungsorganisation an. Das Gesetz vom 20. November ist nicht daran schuld, daß die Exekutivgewalt, welche ihre Existenz mit dem Votum der konstitutionellen Gesetze eng verknüpft sah, nicht gegen die sie schwächenden Bestrebungen geschützt wurde. Ein Land läuft keine größere Gefahr, als wenn das Prinzip, auf welchem dieselbe beruht, den Angriffen der Parteien und der Eifersucht der Mitbewerbungen Preis gegeben wird. Das linke Zentrum wird nichts versäumen, um diese Gefahren zu beseitigen. Es glaubt nach wie vor, daß die Annahme des Art. 1 der am 19. Mai 1873 vorgelegten Gesetze ein gewisses Unterpfand der Beständigkeit bieten würde, indem man den Herrn Marschall Mac Mahon nicht zum Präsidenten einer Republik von sieben Jahren, sondern für sieben Jahre zum Präsidenten der Republik ernennen würde. Das über die Zukunft beruhigte Land findet übrigens die Sicherstellung seiner Souveränetät in dem Revisionsrecht, welches jede republikanische Verfassung heiligt, und dessen Ausübung durch die konstitutionellen Gesetze geregelt werden würde. Das linke Zentrum würde mit Bedauern sehen, daß die Auflösung der jetzigen Versammlung die unvermeidliche und sofortige Konsequenz der Weigerung oder der Unmöglichkeit, zu konstituiren, sein würde, aber es wird nicht von dieser Nothwendigkeit zurückschrecken. Es darf sich übrigens nicht verhehlen, daß nach seiner Ansicht die Nationalversammlung, nachdem sie konstituirt hat, ihre Auflösung nicht lange verschieben kann. Es würde alsdann nicht allein ohne Gefahr, sondern von Nutzen für Alle sein, wenn sie ihr Mandat niederlegt, denn sie würde die Beruhigung und die Eintracht vorbereitet haben.

Dem öfters erwähnten Gesetzentwurf, welchen der Kriegsminister General de Cissey betreffs der Verbesserung der Vertheidigungswerke an der französischen Ostgrenze, der Nationalversammlung vorgelegt hat, ist folgender Eingang vorausgeschickt:

„Meine Herren: Wie wir Ihnen bei der Ueberreichung des Gesetzentwurfs Betreffs der Ausdehnung der Vorwerke von Paris auseinandersetzten, legten die stattgehabten politischen und militairischen Ereignisse, welche so bedauernswerthe Folgen namentlich Betreffs der Vertheidung unseres Gebiets hatten, Frankreich die Pflicht auf, unsere alten Festungen, welche wir im Osten erhalten müssen, auf die Höhe der Fortschritte der Artillerie zu bringen. Wir haben die Ehre, Ihnen einen Gesetzentwurf vorzulegen, welcher dieser Nothwendigkeit Befriedigung gewähren wird. Wir fügen das in dieser Hinsicht vom Vertheidungs-Ausschuß gegebene Gutachten und die Pläne hinzu, welche die Lage der neuen Werke andeuten. Ein Kredit von 39 Millionen wurde für die Befestigungsarbeitten auf die dem Kriegsministerium durch das Gesetz vom letzten 23. März für die Liquidationsrechnung bewilligten Kredit zurückgehalten. Wir schlagen Ihnen vor, von diesem Kredit zur Verbesserung der Vertheidigungswerke der festen Plätze der Ostgrenze eine Summe von 26 Millionen zu verwenden, die nach den Andeutungen der dem gegenwärtigen Gesetz beigefügten Tabelle vertheilt werden. Wir bitten Sie, die Dringlichkeit für diesen Gesetzentwurf zu beschließen und ihn an die Armee-Kommission zu verweisen."

Der Entwurf" selbst hat folgenden Wortlaut:

Art. 1. Es werden neue Werke um die Plätze Verdun und Toul, zu Epinal, im Ober-Moselthal, um Belfort, Besaçon, Langres, Lyon und Grenoble im Iserethal, zu Albertville und Chamousset, um Briançon an den von der Vertheidigungs-Kommission bezeichneten Stellen gebaut werden. Für diese Arbeiten wird die öffentliche Nützlichkeit und die Dringlichkeit erklärt. Art. 2. Von dem gesammten Kostenanschlag dieser Werke, welcher sich auf 78 Millionen beläuft, wird im Jahre 1874 eine erste Summe von 26 Millionen verwendet, welche dem dem Kriegsdepartement auf die Liquidatationsrechnung bewilligten Kredit entnommen wird. Art. 3. Die Festungswerke werden in die erste Klasse der festen Plätze eingereiht. Der Präsident der französischen Republik, Marschall Mac Mahon, Herzog von Magenta. Für den Präsidenten der Republik: der Vize-Präsident des Ministerrathes, Kriegs-Minister General de Cissey.

Die nach dem Gutachten des Vertheidigungs-Ausschusses auf der Nord-Ostgrenze zu besetzenden Positionen sind nach der „Köln. Ztg." folgende: Zu Verdun die Höhen des rechten Maasufers; und namentlich die Position Bois Brulé zwischen der Straße und der Eisenbahn nach Etain. In Toul die Position des Mont Saint Michel, Villey le Seec, Domgermain und Ecrouves. In Belfort nach der Seite des Wälsch-Belchen hin, sind die Vorwerke der Positionen auszudehnen, die Werke von Hautes und Passes Perches und von Bellevue wieder herzustellen, die Positionen Mont Salbert, Mont Vaudois, Roppe und Bézelois zu besetzen. Die Höhe Mont Bard zu besetzen. Die Positionen Pont de Roide und Blamont zu befestigen. Der Ausschuß hat gleichfalls die Nothwendigkeit anerkannt, die Position Epinal zu besetzen und den Zugang zu den drei Hauptstraßen zu vertheidigen, welche über Saint-Loup, Luxeuil und Lure von der oberen Mosel nach der Franchekomté führen; in Langres drei Forts zu Dampierre, Beauchemin und Cognelot herzustellen, die Werke La Bonnelle, Peigné und Buzon zu beendigen und auf den Positionen Saint Menge und Pointe de Diamant Batterien aufzuwerfen. In Besançon die Positionen Fontain, Montfaucon und Fallenay-Châtillon zu besetzen. Auf der südöstlichen Grenze: in Lyon die Positionen Mont Verdun, Vancia, Bron und Feyzin zu besetzen. In Grenoble auf den Höhen Mont Eynard und Quatre Seigneurs Werke zu errichten und die Batterien Murier, Boucret und Montavie zu erbauen; die Vertheidigung des Iserethales durch die Besetzung der Stellungen Chamousset und Albertville zu vervollständigen; in Briançon Werke auf den Höhen Infernet, Gondran und Croix de Bretagne zu erbauen.

Versailles, 6. Juni. [National-Versammlung.] Das Programm des linken Zentrums wurde in der Versammlung von 75 Mitgliedern unterzeichnet, zählt aber jetzt schon 83 Unterschriften. Kasimir Perier, Cezanne, Max Richard, Wolowski, Robert Mitchell und vier andere Mitglieder der gemäßigten Fraktion des linken Zentrums unterzeichneten es nachträglich. In der öffentlichen Sitzung wurden zuerst drei Mitglieder für den konstitutionellen Ausschuß er-

Theaternachrichten.

Im Laufe dieser Woche nehmen die Ferien der königlichen Oper und des königlichen Schauspiels in Berlin ihren Anfang; für erstere ist der Termin mit dem 13. und für letzteres mit dem 14. bestimmt. Das königliche Ballet wirkt noch bis inkl. 16. d. Außer den bereits genannten beiden jungen Sängerinnen des wiener Konservatoriums hat der General-Intendant, nunmehr auch einige junge Schauspielerinnen von der Friedrich'schen Theaterschule in Wien berufen, die im Monat August Proben ihres Talents abgeben werden.

Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater gastiren noch immer die Meininger. Inzwischen sind noch zwei Gesammtgastspiele eröffnet worden. Im Viktoriatheater haben die Mitglieder des wiener Strampfertheaters, welche sich bei ihrer ersten Anwesenheit in Berlin im Jahre 1872 schnell die Gunst des Publikums erobert haben, ihre Vorstellungen begonnen. Die Matadore der Gesellschaft vor Allem der unwiderstehlich komische Schweighofer, das anmuthig-gefällige Frl. Finaly und der drastische Gottsleben stehen wiederum als Glanzpunkte in erster Reihe, zu ihnen gesellt sich als bekannte Erscheinung Frl. Frizzi-Blum, welche früher dem Viktoriatheater angehörte. Im Woltersdorfftheater sind die Mitglieder des hamburger Karl Schultze-Theaters unter Leitung ihres Direktors eingezogen. Das Repertoir enthält ausschließlich hamburger Lokalstücke nach Art der berliner Possen und kleinen Singspiele. Auch diesen Künstlern wird von der Presse großes Lob gespendet. Wer nicht wenigstens oberflächlich mit den hamburgischen Rechtszuständen und Lokalverhältnissen, wie mit der Niedersächsischen Mundart vertraut ist, dem mag freilich im Einzelnen Manches entgehen; verständlich wird trotzdem auch ihm das Spiel sein. Das Publikum, welches der ersten Vorstellung beiwohnte, erwärmte sich rasch und hielt mit lebhaftem Beifall nicht zurück.

Im Stadttheater hat Sonnenthal in der letzten Zeit gastirt und mehr Ehren als Geld eingenommen. Das Theater ist nun geschlossen und soll am 1. September wieder eröffnet werden. Wenn diese Bühne die Beachtung bisher nicht gefunden hat, die sie verdient, so liegt das an ihrer nichts weniger als einladenden baulichen Einrichtung.

Bei Kroll ist die Sommersaison eröffnet worden. Park und Saal waren am Eröffnungsabende der diesjährigen Opernsaison, die eine glänzende zu werden verspricht, überfüllt. Die Leitung der Garten-Konzerte hat Direktor Engel selbst übernommen.

Der kais. Hofschauspieler Lesser hat auf Wunsch des Prinzen Karl von Preußen eine Einladung zu einem zweimaligen Gastspiel am kön. Theater in Wiesbaden erhalten und wird dort im „Glas Wasser" als Bolingbroke und in „Man sucht einen Erzieher" als Marsan auftreten.

Der Rath der Stadt Leipzig hat Herrn Direktor Friedrich Haase die nachgesuchte Entbindung vom Kontrakt verweigert. Man will sogar wissen, daß derselbe ihm auch einen Urlaub zur Badereise versagt habe. Gewiß ist, daß der Rath den von Herrn Haase zu seinem Stellvertreter ernannten Herrn v. Strantz als solchen nicht anerkennen will.

Der dresdener Hoftheaterbau schreitet rasch vorwärts. Bereits ist die Schale des Gebäudes, die Umfassungsmauer, bis auf den oberen Theil des Bühnenhauses fertig gestellt. Vestibules und Foyers werden in vier Wochen eingedeckt sein. Der Kolossalnische, welche sich in der Exedra über dem Haupteingange öffnet, fehlt nur noch der Bogen, und die ganze Schauseite, deren Mittelpunkt und Hauptschmuck die Exedra bildet, läßt ihre Architektur klar übersehen. Im Innern des Hauses sind sämmtliche Gewölbe in den Haupttheilen vollendet. Auch die Tischlerarbeit, Fenster und Thüren, der Garderobeflügel ist fertig. Es handelt sich zunächst noch um die Aufführung des Bühnenhauses, das jedoch verhältnißmäßig wenig Arbeit erfordert, da es keine Architektur, keinen Ausbau hat. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte das ganze Gebäude Ende dieses Jahres unter Dach gebracht sein. An den Foyers, welche rechts und links der Exedra in einem flachen Kreisbogen bis zu den Vestibules sich hinziehen, werden die sitzenden Dichtergestalten wieder plazirt werden, die bereits den Rundbau des alten Theaters schmückten. Letztere sind, nur wenig verletzt, der Feuersbrunst entronnen, welche den alten Bau vernichtete Ebenso bekanntlich die Skulpturen des nördlichen Giebelfeldes, in denen Rietschel die Tragödie des Orest behandelte. Semper befürwortet warm die Restauration und ihre Wiederherstellung in dem vorderen Giebelfelde des neuen Theaters.

Ueber den Tod Johanna Meyer's in München erzählt die Prager „Politik" eine romantische Geschichte, für die sie die Verantwortung tragen muß. Sie schreibt: Obwohl Johanna Meyer von zahllosen Verehrern, Enthusiasten und Anbetern umschwärmt war, konnte die so geschwätzige Fama doch auch nicht Einen aus dieser Schaar herausgreifen, um ihn als den mit der vollen Gunst der Künstlerin Beglückten vorzuführen. Es war aber bekannt, und auch Johanna Meyer machte kein Geheimniß daraus, daß ein junger Kaufmann sich ihrer vollsten rückhaltslosesten Freundschaft erfreuen durfte. Alle Welt, und die Künstlerin am meisten, wußte es, was der in Theaterangelegenheiten seit Jahren sehr versirte junge Mann für Johanna Meyer als Schauspielerin wirkte; man gönnte ihm also die dankbare Freundschaft der Tragödin umsomehr, als man annahm, daß die keineswegs anziehende Erscheinung des Kaufmannes das poetische Wesen Johanna's zu keinem anderen Gefühle als dem der Freundschaft umzustimmen vermochte. Man erzählte sich nun, daß der Kaufmann, einer längeren Zurückhaltung seiner Gefühle nicht mehr mächtig, sein Herz der Künstlerin erschlossen, eine Entscheidung über sein Hoffen ihr anheimgegeben habe. Johanna Meyer — so sagt das Gerücht weiter — habe nun dem jungen Manne, der, um jedes Hinderniß zu einer Vereinigung fallen zu machen, sich entschlossen erklärt haben soll, zum Christenthum überzutreten, zitternden Herzens bedeutet, daß sie keine andere Liebe für ihn fühlen könne, als die einer Schwester. Für ihn! In diesen beiden Worten lag die Entscheidung, das Todesurtheil, welches Johanna Meyer über ihre Zukunft sprach. Man versichert, daß das Mädchen das Gefühl der Liebe zu einem anderen Manne im Herzen trug, eine Liebe, die sie nie dem Freunde hätte ahnen lassen. Durch ihre Entscheidung brach sie den Stab über die Hoffnungen des Freundes. Ein Augenblick der Verzweiflung soll sie zu dem wahnsinnigen Entschlusse getrieben haben, dem Freunde zu Liebe ihrer Liebe zu entsagen. — Die Obduktion der Leiche soll ergeben haben, daß die Künstlerin an einer heftigen Magenentzündung starb, welche durch Genuß einer ätzenden Flüssigkeit, die Magen und Eingeweide zerfraß, herbeigeführt und todtbringend wurde und so den Anlaß zu dem „räthselhaften Ende" gab.

---

* **Die fashionable Welt Londons** macht sich jetzt wieder das Vergnügen, in der Sommerhitze Schlittschuh zu laufen. Die Schlittschuhe laufen auf Rädern, aber mit großer Leichtigkeit, und ahmen auf der glatten Asphaltfläche im Prince'schen Cricketfelde zu Brompton die gleitende Bewegung ihrer Vorbilder recht leidlich nach. Die Hauptsache fehlt allerdings, die frische, stärkende Winterluft, sonst aber erreicht die Unterhaltung ihre Zwecke, sie bringt die elegante Welt streng unter sich, in ungezwungenem Verkehr zusammen, giebt den älteren Damen Gelegenheit zum Klatschen, jüngeren zur Erhaschung eines Anbeters und müßigen jungen Männern einen Zeitvertreib; überdies liefert die Bewegung eine angenehme Abwechselung neben dem vorschriftsmäßigen Ritt in der Rotten Row des Hydeparks. Eine andere Art der Körperbewegung, welche wieder mehr in Aufnahme zu kommen scheint, ist die velocipedische. Es ist nicht anzunehmen, daß das Beispiel des früheren Ministers Lowe, der bekannter Maßen trotz halber Blindheit ein leidenschaftlicher Velocipedist ist, hierzu einen Anstoß gegeben haben sollte. Wie man indessen in England Gesellschaften zu den lächerlichsten Zwecken gründen kann, so hat sich auch ein Velocipedistenklub gebildet, der den nicht unpassenden Namen „Ariel" führt und zu seinen zahlreichen Mitgliedern recht vornehme Herren zählt. Präsident ist der ehrenwerthe J. Plunkett auf Dunsany Castle. Die Mitgliederliste weist „ehrenwerthe" Offiziere und selbst Geistliche in größerer Anzahl auf. Dem Klub „Ariel" wird das meerumgrenzte Vaterland zu seinen Operationen zu eng; er beabsichtigt daher seine Reisen auf das Festland auszudehnen. Die erste Versuchs-Expedition geht heute über New-Haven nach Dieppe ab. Die Theilnehmenden beabsichtigen einen 14tägigen Aufenthalt in Frankreich, in welcher Zeit die Normandie und das nördliche Frankreich durchreist werden soll. Das Endziel bildet Paris, von wo der Rückweg über Amiens und Boulogne eingeschlagen werden soll.

nannt; es wurden de Goulard (rechtes Zentrum), de Rességuier und Bentavon (beide zur Rechten gehörig) gewählt. Die Diskussion über das Gesetz Betreffs der Sonntagsfeier wurde dann fortgesetzt. Der klerikale Chesnelong (Berichterstatter) erhält zuerst das Wort. Er sucht darzuthun, daß das Gesetz mit der persönlichen Freiheit vereinbar sei In Amerika werde der Sonntag auch heilig gehalten. Es handle sich nur darum, der Religion, der höchsten moralischen Macht, die Achtung zu sichern. (Beifall rechts.) Redner ruft das Zeugniß von Montalembert an. (Lärm links.) — Brisson: Montalembert war der Mitschuldige des 2. Dezember. — Chesnelong: Ihre Unterbrechung wird den allgemeinen Unwillen hervorrufen. — Brisson erwiedert einige Worte, die sich im Lärm verlieren. Man versteht nur: Ich rufe Herrn Chesnelong zur Wahrheit zurück. — Chesnelong schließt, indem er die Versammlung bittet, nur das Prinzip des Antrages zu votiren und denselben in Betracht zu ziehen. — Boysset (von der Linken) bekämpft den Antrag. Er wird dabei auf unanständige Weise von Benoist d'Azy unterbrochen, was furchtbaren Skandal hervorruft. Man verlangt nun die Ansicht der Regierung zu wissen. Der Bauten-Minister erklärt, daß die Regierung gern ihre Arbeiten einstelle, daß man aber in die Privatindustrie nicht eingreifen dürfe. Unter diesem Vorbehalt hat die Regierung nichts dagegen, daß man das Gesetz in Betracht ziehe. Nach einigen Worten schreitet man zur Abstimmung. Die Inbetrachtziehung wird mit 302 gegen 254 Stimmen verworfen. (Erregung.)

Spanien.

Madrid, 6. Juni. Die Nachrichten vom Kriegsschauplatze lassen sich kurz dahin zusammenfassen: General Concha ist in Logrono angekommen und verlangt, zumal die Operationen gegen die Carlisten durch anhaltende Regengüsse sehr erschwert werden, energischer als je nach Verstärkung, da er in den Städten bei seinem Vormarsch Besatzung zurücklassen will. Der „Times" wird aus Santander telegraphirt: „Die Aufstellung einer fremden Kandidatur würde in Spanien höchst mißliebig aufgenommen werden. In der Armee wird dem Prinzen Alfons der Vorzug gegeben; aber die Mehrzahl der Nation möchte die gegenwärtige Einrichtung nicht gestört wissen und Serrano durch einen Kortesbeschluß zum Präsidenten auf vier Jahre eingesetzt sehen." Dieses Telegramm trifft wohl das Richtige. Quieta non movere — ist einstweilen das Losungswort, in so fern in Spanien überhaupt von Ruhe die Rede sein kann.

Italien.

Die Deputirtenkammer, welche vor einigen Tagen ihre Sitzungen geschlossen hat, wird von der „Opinione" mit folgendem Abschied entlassen: „Die Kammer hat jetzt ihre Arbeiten beendigt. Eine Session, begonnen unter günstigen Auspicien und mit dem Wunsche, daß sie an guten Resultaten fruchtbar sein möge, läßt bei ihrem Schlusse Parlament und Ministerium in wenig befriedigenden Zuständen und einen großen Theil jener Arbeiten unerledigt, von welchen man die einen für die öffentliche Verwaltung als nothwendig, die anderen als sehr nützlich erachtete. Die Kammer hat keine Reform durchgeführt. Das unerbittliche Fatum der Finanz macht jede Neuerungsarbeit unfruchtbar. Man hat keine Zeit, an große Reformen in dem Verwaltungs-, Gerichts- und Schulwesen zu denken, seitdem man seine Gedanken und Sorge täglich dem Schatze zuzuwenden hat, welcher nicht genesen zu wollen droht, weil die Medizin, welche man ihm verordnet, der Schwere des Uebels nicht gewachsen ist. Aber die Kammer ist nicht allein gezwungen, die Aufmerksamkeit von den großen Reformen abzulenken; sie hat nicht einmal gewisse Verbesserungen zu Ende bringen können, welche sich dem öffentlichen Wohle als heilsam erweisen würden. Was mehr? Das Parlament schließt, und das Schicksal einiger Entwürfe von sehr großer ökonomischer Bedeutung ist ungewiß." (Die „Opinione" hebt besonders die unerledigt gebliebene, so viele und große Interessen berührende Eisenbahn-Angelegenheit hervor, worauf sie fortfährt:) „Das Parlament thut wohl daran, jeden einzelnen Entwurf, welcher seinem Urtheil unterbreitet wird, aufmerksam zu prüfen; aber es darf von seiner Erwägung nicht die Summe der Arbeiten ausschließen, welche man von ihm erwartet; sonst läuft es Gefahr, Interessen erster Klasse Fragen von zweifelhafter Bedeutung zu opfern." — — Wie wird die neue Kammer sein? Dies ist eine Frage, welche man für unzeitgemäß halten kann, da man die Erwägungen des Ministeriums noch nicht kennt. Doch man hat nicht nöthig, auf den Entschluß des Ministeriums zu warten, um zu begreifen, daß die Kammer jetzt ihrem Lebensende nahe ist. Auch angenommen, daß sie in gutem Einverständnisse mit dem Ministerium geblieben wäre, würde sie nicht mehr lange zu sitzen gehabt haben, da das letzte Jahr einer Legislatur immer wenig fruchtbar ist. Welche Frucht könnte sie in der Stellung gewähren, in welcher sich das Ministerium und die Kammer zu einander befinden? Aus diesen Gründen glauben wir, daß die allgemeinen Wahlen nicht fern und eine Kammer zu Ende ist, welche unter günstigen Zuständen, nach einem der für Italien und für die Welt denkwürdigsten Ereignisse, gewählt, die besten Intentionen und die aufrichtigsten Vorsätze gezeigt hatte, die Finanzfrage zu lösen. Aber dann verminderte sich ihre Entschlossenheit und ihr Muth, so daß sie gezwungen ist, der neuen Kammer die Aufgabe der Vollendung jenes Werkes zu überlassen, welches um so schwieriger wird, je mehr es verzögert worden ist."

Rußland und Polen.

Petersburg, 3. Juni. Die wichtigste Mittheilung ist wohl heute die, daß die österreichischen Delegirten der russisch-österreichischen Kommission zur Regelung der Grenz- und Zollverhältnisse auf ihre offiziellen Mittheilungen nach Wien bis heute noch keine Antworten erhalten haben und daß sie, da der Vorsitzende der Kommission, der russische Staatsrath Thörner, nicht Lust verspürt bis in alle Ewigkeit zu warten, und St. Petersburg daher verließ um seinen längst begonnenen Urlaub wenigstens noch zum Theil zu genießen, gezwungen sind aus St. Petersburg wieder abzureisen wie sie gekommen sind, d. h. ohne ihren Zweck erreicht, ohne das Schlußprotokoll unterzeichnet zu haben. Dieses Schlußprotokoll ist bekanntlich bereits vorgestern, vor — vier Wochen in der sechsten Sitzung in der nationalen Kommission, in welcher man das Programm der Berathungen zu Ende führte, im allgemeinen aufgestellt worden. Man rechnet, nachdem man nach Wien über alle Verhandlungen Mittheilung gemacht hatte, darauf noch höchstens zwei Wochen auf den Bescheid aus Wien warten und dann noch höchstens zwei Sitzungen der Form halber halten zu müssen, aber obgleich selbst verschiedene Mal Telegramme von hier aus nach Wien expedirt wurden, verstrichen die zweite, die dritte und vierte Woche, und so ist an ein weiteres Warten nicht mehr zu denken. Die Kommissionsmitglieder lassen in Folge dessen die Köpfe hängen. Vor 14 Tagen glaubte man noch, daß die Ursache der Zögerung in dem Umstand zu suchen, daß die österreichischen Delegationen in diesem Jahr in Pest tagten und sich Andrassy daher in Pest befand; aber als die Delegationen geschlossen wurden und dessenungeachtet die Antworten noch immer auf sich warten ließen, verlor man Geduld und Muth, und nimmt nun mit Recht an, daß bei solcher Lässigkeit auch die Enquête-Kommission an Ort und Stelle, womöglich in diesem Sommer ihre Arbeiten noch nicht wird beginnen können. Einigermaßen tröstet man sich noch mit dem Gedanken, daß die österreichischen Minister vielleicht selbst erst Experten an die Grenzen gesandt haben, ehe sie ihr Votum abzugeben sich entschließen, indeß verhehlt man sich doch auch nicht, daß eine solche Annahme nur ein Selbsttrost in der Noth ist, da die Untersuchungen ja eben der Enquête-Kommission vorbehalten werden sollten. Natürlich kann, da ein formeller Schluß der Konferenzen nicht stattgefunden, auch der Beschluß der Kommission in diesem Sommer eine Enquête-Kommission an die Grenze zu entsenden, keine offizielle Geltung haben, und unterliegt noch dem Resultat diplomatischer Verabredungen. Die Mittheilung einiger Korrespondenten, daß die Konferenzen am 26. Mai ihren Abschluß gefunden hätten, ist vollständig aus der Luft gegriffen. (A. Z.)

△ **Warschau**, 6. Juni. [Zur Gerichtsorganisation in Polen. Wasser- und Brandschäden. Bankerott. Bevölkerung Warschaus.] Um den Wirkungskreis der Justizkommissarien zur Durchführung der Vorbereitungsmaßregeln, welche der allgemeinen Justizreform im Königreich Polen vorangehen soll, genauer zu bestimmen, ist, wie aus Petersburg gemeldet wird, vor Kurzem eine Vorlage des Chefs der eigenen Kanzlei des Kaisers in Angelegenheiten Polens in Bezug auf die zeitweilige Umgestaltung der Justizkommission in eine Verwaltung des Warschauer Gerichtsbezirks und Unterordnung derselben unter den Dirigenten jener Kanzlei im Reichsrath geprüft worden. Zur Kompetenz der Verwaltung des projektirten Gerichtsbezirkes würden gehören: die Besetzung der Aemter im Justizressort, die jährliche Vertheilung des Personals der Gerichtssessionen, die Aufstellung des Budgets für das Justizressort und alle Angelegenheiten in Bezug auf Begnadigungsgesuche, Disziplinar- und Strafsachen. Beim Schriftwechsel der Verwaltung des Gerichtsbezirks in Bezug auf Administation, Oekonomiewesen und Kontrolle wird anstatt der polnischen von nun an die russische Sprache obligatorisch sein. — Durch das Hochwasser der Weichsel hat der Fiskus einen empfindlichen Verlust erlitten. Das Wasser hat nämlich das sämmtliche Bauholz, welches zum Zweck des Baues einer neuen Brücke an der Zitadelle, aufgespeichert war, fortgeschwemmt. — Ende v. M. brach auf der Krakauer Vorstadt in der Offizin des bekannten Buchdruckereibesitzers Glücksberg Feuer aus, welches sämmtliche Vorräthe an Büchern und Drucksachen vernichtete. Der Schaden beläuft sich auf über 15,000 Rubel. — Die Bankerotts sind seit einiger Zeit auch auf dem hiesigen Platze an der Tagesordnung. Vor einigen Wochen meldete ich ihnen von zwei bedeutenden Falliments, jetzt ist wieder ein solches zu registriren. Die Passiva belaufen sich über 600,000 Rubel, während die Aktiva kaum die Hälfte dieser Summe erreichen. Auf dem Geldmarkt herrscht in Folge der sich wiederholenden Bankerotte eine starke Panik. — Die Bevölkerung der Stadt Warschau hat im Jahre 1873 um 9503 Seelen zugenommen und zwar durch Geburten wie durch Einwanderung. Am 1. Juni c. betrug die Zahl der Einwohner von Warschau 279,502 Seelen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 9. Juni.

(x) Das am 26. Mai d. J. publizirte Gesetz über die Verwaltung erledigter katholischer Bisthümer ist heut — 14 Tage nach der Publikation — in Kraft getreten, und heut bereits sind auf Grund dieses Gesetzes die ersten Akte in den Diözesen Posen und Gnesen vollzogen worden. An den Vorsitzenden des hiesigen Domkapitels, den Domprobst Brzezinski, ging heut morgen ein Schreiben des Oberpräsidenten Günther ab, wodurch das Metropolitankapitel aufgefordert wurde, nachdem der erzbischöfliche Stuhl erledigt sei, innerhalb 10 Tagen die Wahl eines Bisthumsverwesers vorzunehmen, widrigenfalls die Staatsregierung (d. h. der Kultusminister) einen königlichen Kommissarius zur Verwaltung des Diözesanvermögens einsetzen würde. Zugleich kündigte der Herr Oberpräsident an, daß er auf Grund des zitirten Gesetzes schon gegenwärtig das Vermögen durch einen besonderen Kommissar unter seine Aufsicht nehme. Um 11 Uhr Vormittag erschien der Landrath Freiherr von Massenbach bei dem Weihbischof Janiszewski und forderte ihn zur Uebergabe der Kasse des Konsistoriums auf. Wie der „Kuryer Poznanski" meldet, verweigerte der Bischof seine Mitthätigkeit. Herr v. Massenbach begab sich darauf unter Assistenz von Polizei-Beamten in die Kasse und nahm dieselbe zwangsweise in Besitz. Der Rendant Janowicz wurde zu einer schriftlichen Darlegung des Standes der Kasse aufgefordert, worauf sich Herr von Massenbach in das erzbischöfliche Palais begab und das dort befindliche Inventar aufnahm. — Wie uns soeben aus Gnesen gemeldet wird, vollzog sich dort die Angelegenheit in ähnlicher Weise. Im Auftrage des Herrn Oberpräsidenten wurden durch den Kreislandrath Nollau unter Zuziehung des Bürgermeisters Machatius und des Distriktskommissarius Wendland die Kassen des hiesigen Domkapitels und des erzbischöflichen Generalkonsistoriums mit Beschlag belegt. Die Vertreter des Domkapitels sollen sich dieser Beschlagnahme (jedoch unter Einlegung des Protestes) willig gefügt haben. — Da nicht anzunehmen ist, daß die Domkapitel in Posen und Gnesen der Aufforderung, einen Kapitelsvikar zu erwählen, nachkommen werden, so können wir erwarten, daß die Ernennung des königlichen Kommissarius zur Verwaltung des Diözesanvermögens am 19. d. M. erfolgen wird.

r. Das Hobrecht'sche Kanalisationsprojekt für die Stadt Posen wurde in der Magistrats-Sitzung am Freitage eingehend erörtert, wobei der Stadtbaurath Stenzel das Referat über dieses Projekt übernommen hatte. Allseitig wurde anerkannt, daß dasselbe vorzüglich durchdacht und mit Berücksichtigung aller möglichen Eventualitäten entworfen sei. Die Stadt Posen würde glücklich zu schätzen sein, wenn sie finanziell so günstig situirt wäre, ein so brillantes Projekt zur Ausführung zu bringen; doch leider lägen die Verhältnisse derartig, daß dadurch unsere Stadt finanziell ruinirt werden würde, da die Kosten der Kanalisation nach dem Hobrecht'schen Projekte (ohne Rieselwiesen) auf 750,000 Thlr. veranschlagt seien, so daß die Gesammtkosten sicher gegen 1 Million Thaler betragen würden. Nach dem Projekt ist die dereinstige Einwohnerzahl Posens auf 200,000 angenommen, wobei 200 Einwohner pro Morgen gerechnet sind, und außer den Fäkalstoffen soll sämmtliches Regenwasser, wobei das Maximum der möglichen Regenwassermenge angenommen wird, abgeleitet und nur bei außerordentlichen Regengüssen ein Theil des Inhaltes der Sammelröhren direkt nach der Warthe abgeleitet werden. Es ist nun seitens des Magistrats eine Anfrage an den Reg.-Baurath Hobrecht gerichtet worden, ob es sich nicht der Kostenersparniß wegen empfehlen würde, die Kanäle nur so weit einzurichten, daß sie das gewöhnliche Regenwasser ableiten, bei außergewöhnlichen Regengüssen dagegen die Rinnsteine das überschüssige Wasser aufnehmen; ob ferner die Doppelkanäle, welche in allen Straßen liegen sollen, absolut nöthig seien, und ob sich nicht das ganze Projekt auf eine Einwohnerzahl Posens in Höhe von 100,000 reduziren lasse. Sollte diese Einwohnerzahl dereinst überstiegen werden, so könnte durch Anlegung der zweiten Kanäle, die nach dem Projekte bereits jetzt errichtet werden sollen, dem Bedürfnisse Genüge geleistet werden. Der Magistrat hofft, daß unter den angegebenen Modifikationen das Hobrecht'sche Projekt mit einem Kostenaufwande von ca. 350,000 Thlr. ausgeführt werden könnte.

r. Der Magistrat unserer Stadt zählt gegenwärtig bekanntlich 4 besoldete Mitglieder: den Oberbürgermeister, den Bürgermeister, einen Stadtbaurath und einen Stadtrath, während in früherer Zeit die Anzahl der besoldeten Mitglieder 5 betrug. Da es nun gegenwärtig an einem Syndikus mangelt, so daß die Stadt in Prozessen durch einen Rechtsanwalt vertreten werden muß, außerdem aber auch die Einführung des Gesetzes über die Beurkundung des Personenstandes die Anstellung eines besonderen Standesbeamten erforderlich machen wird, so ist ein dahingehender Antrag seitens des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet worden. Das neu zu wählende besoldete Magistratsmitglied würde danach Standesbeamter sein und gleichzeitig die Syndikats-Geschäfte zu übernehmen haben, so daß also ein Jurist in Aussicht zu nehmen wäre.

— **Das Generalpostamt** erläßt folgende Bekanntmachung wegen Aushändigung von Briefen auf dem Bahnhofe unmittelbar nach Ankunft der Eisenbahnzüge, wodurch wieder der dankenswerthe Versuch einer Erleichterung, für das Publikum gemacht wird:

Unter den nachfolgenden Bedingungen und mit Vorbehalt des Widerrufs soll den Korrespondenten zunächst versuchsweise gestattet werden, gewöhnliche, frankirte Briefe an den Bahnhöfen alsbald nach Ankunft der in den Eisenbahnbahnzügen befindlichen fahrenden Postbüreaus in Empfang zu nehmen:

1) Der Adressat hat sich von der Post-Anstalt an seinem Wohnorte gegen Entrichtung einer Abonnementsgebühr eine Legitimation ausstellen zu lassen.

2) Nach Empfang der Legitimation hat sich der Adressat mit dem Absender dahin zu verständigen, daß Letzterer den Brief (Bahnhofsbrief) stets mit einem und demselben Zuge absendet und zum Verschluß des Briefes Couverts anwendet, über deren nothwendige und genau vorgeschriebene, äußere Kennzeichnung jede Postanstalt nähere Auskunft ertheilt.

3) Die Aushändigung des Briefes am Bahnhofe erfolgt nur gegen Vorzeigung der Legitimation und an der von der Post bestimmten Stelle. Meldet sich der Empfänger nicht rechtzeitig, so wird der Brief gegen Entrichtung der reglementsmäßigen Gebühr per Expressen bestellt.

4) Die von dem Adressaten zu zahlende Abonnementsgebühr, welche neben dem Franko erhoben wird, beträgt für jeden von einem und demselben Absender an einen und denselben Adressaten gerichteten Bahnhofsbrief, der täglich mit einem bestimmten Zuge Beförderung erhält, monatlich 4 Thaler. Abonnements von geringerer Zeitdauer als einem Kalendermonat sind nicht zulässig.

5) Die Bahnhofsbriefe müssen in allen Fällen vom Absender frankirt zur Post geliefert werden; sie müssen dem Format und der sonstigen Beschaffenheit nach zur Beförderung mit der Briefpost geeignet sein und dürfen weder rekommandirt werden, noch das reglementsmäßige Maximalgewicht von 250 Grammen überschreiten.

6) Zeitungen, welche auf die vorbezeichnete Weise bezogen werden sollen, müssen hinsichtlich der Verpackung, Frankirung 2c. ebenfalls den vorstehend angegebenen Bedingungen genau entsprechen.

Berlin, den 27. Mai 1874.

Kaiserliches General-Post-Amt.

— **Personal-Veränderungen** bei den Justizbehörden im Bezirke des kgl. Appellationsgerichts in Posen. Appellationsgericht: Die Bureau-Assistenten Wollburg, Krieger und Zimmerling sind zu Appellationsgerichts-Sekretairen, die Kanzlei-Diatarien Morkowski, Pannasch und Scheurich zu Appellationsgerichts-Kanzlisten ernannt und der Kreisgerichts-Sekretair Buchholz in Pleschen unter Ernennung zum Appellationsgerichts-Büreau-Assistenten hierher versetzt. Kreisgericht Birnbaum: Die Büreau-Assistenten Rypczynski in Ostrowo und Hoeritzsch in Posen sind unter Ernennung zu Kreisgerichts-Sekretairen, Ersterer hierher, Letzterer an die Kreisgerichts-Kommission in Schwerin a. W. versetzt, der Büreau-Assistent Busse ist zum Kreisgerichts-Sekretair, und der Büreau-Diätar Simon zum Büreau-Assistenten ernannt. Kreisgericht Grätz: Dem Kreisgerichts-Sekretair Hildt ist unter Entbindung von der Verwaltung des Depositorii die Funktion als Gerichtskassen-Kontroleur und Sportel-Revisor übertragen, die Büreau-Assistenten Röhl in Kosten, Lehmann in Fraustadt, Günther in Posen und Ehrich in Schroda sind unter Ernennung zu Kreisgerichts-Sekretairen, Letzterer unter gleichzeitiger Uebertragung der Funktion als Deposital-Verwalter hierher versetzt, und der Büreau-Diätar Manthey zum Büreau-Assistenten ernannt. Kreisgericht Kempen: Büreau-Assistent und Dolmetscher Jewasinski und Civil-Supernumerar Becker sind, Letzterer unter Uebertragung der Funktionen als Gerichtskassen-Kontrolleur und Sportelrevisor, zu Kreisgerichts-Sekretairen, und Büreau-Diätar Arlt zum Büreau-Assistenten ernannt. Kreisgericht Kosten: Büreau-Assistent Tietz ist zum Kreisgerichts-Sekretair ernannt; die Büreau-Diätarien Bernau in Posen und Zigelski in Rawicz sind unter Ernennung zu Büreau-Assistenten hierher versetzt. Kreisgericht Krotoschin: Die Kreisgerichts-Sekretaire Panten in Wreschen und Herrmann in Rogasen und Büreau-Assistent Frost in Samter sind in gleicher Eigenschaft, und Büreau-Assistent Ikier in Posen unter Ernennung zum Kreisgerichts-Sekretair, hierher versetzt. Kreisgericht Lissa: Büreau-Assistent Hillscher ist zum Kreisgerichts-Sekretair ernannt, Büreau-Assistent Jeske in Posen ist unter Ernennung zum Kreisgerichts-Sekretair, die Büreau-Assistenten Flachshar in Wollstein und Kersten in Schrimm sind in gleicher Eigenschaft an die Kreisgerichts-Deputation in Fraustadt versetzt. Kreisgericht Meseritz: Büreau-Assistent Reusch ist zum Kreisgerichts-Sekretair ernannt. Kreisgericht Ostrowo: Die Kreisgerichts-Sekretaire Goebel in Schroda und Sprotte in Wollstein sind in gleicher Eigenschaft hierher versetzt, und Büreau-Assistent Adelt ist zum Kreisgerichts-Sekretair ernannt. Kreisgericht Pleschen: Die Büreau-Assistenten Fagiewicz in Schroda und Wosch in Fraustadt sind unter Ernennung zu Kreisgerichts-Sekretairen hierher versetzt. Kreisgericht Posen: Die Kreisgerichts-Sekretaire Becker in Grätz und Kuhnt in Kosten, sowie der Büreau-Assistent und Dolmetscher von Miaskowski in Pleschen sind in gleicher Eigenschaft, und die Appellationsgerichts-Bureau-Assistenten Groskopff und Reisel unter Ernennung zu Kreisgerichts-Sekretären hierher versetzt, der Bureau-Assistent König ist zum Kreisgerichts-Sekretär und der Appellationsgerichts-Bureau-Diätar Hoffmann zum Kreisgerichts-Bureau-Assistenten ernannt, letzterer mit der Bestimmung, bei dem Appellationsgerichte zu fungiren. Kreisgericht Rawitsch: Der Bureau-Assistent Biehahn ist zum Kreisgerichts-Sekretär ernannt; der Bureau-Assistent Micksch in Kozmin ist unter Ernennung zum Kreisgerichts-Sekretär und der Bureau-Diätar Dommer unter Ernennung zum Bureau-Assistenten an die Kreisgerichts-Deputation in Gostyn versetzt. Kreisgericht Rogasen: Bureau-Assistent Richter ist zum Kreisgerichts-Sekretär ernannt und Bureau-Assistent Wolffgramm unter Ernennung zum Kreisgerichts-Sekretär von Schroda hierher versetzt. Kreisgericht Samter: Bureau-Assistent Zakobielski in Posen ist unter Ernennung zum Kreisgerichts-Sekretär hierher versetzt. Kreisgericht Schrimm:

Bureau-Assistent Szczerbinski ist zum Kreisgerichts-Sekretär ernannt, die Bureau-Assistenten Richter in Grätz und Tecklenburg in Gostyn sind unter Ernennung zu K.-G.-Sekretären u. der Civil-Supernumerar Wollenzien in Meseritz als Kassendiätar hierher versetzt, der ꝛc. Tecklenburg mit der Bestimmung, als Gerichtskassen-Kontroleur und Sportelrevisor zu fungiren. Kreisgericht Schroda: Bureau-Assistent Klimes in Krotoschin ist unter Ernennung zum Kreisgerichts-Sekretär und Uebertragung der Funktionen als Gerichtskassen-Kontroleur und Sportelrevisor, Bureau-Diätar Zillmann unter Ernennung zum Bureau-Assistenten und Bureau-Diätar Jaehn in Schrimm in gleicher Eigenschaft hierher versetzt; Bureau-Diätar Friebel ist zum Bureau-Assistenten ernannt, dem Bureau-Diätar Busse in Rogasen ist die interimistische Verwaltung einer mit einer Kalkulatur verbundenen Bureau-Assistentenstelle übertragen. Kreisgericht Wollstein: Die Bureau-Assistenten Tamm in Krotoschin und Klarowski in Gostyn sind unter Ernennung zu Kreisgerichts-Sekretären hierher versetzt. Kreisgericht Wreschen: Bureau-Assistent Jeschner ist zum Kreisgerichts-Sekretär ernannt und Bureau-Diätar Zinniewicz unter Ernennung zum Bureau-Assistenten von Ostrowo hierher versetzt. — Vorstehende 63 Ernennungen resp. Versetzungen, welche sämmtlich am 1. Juli ausgeführt werden, sind zum überwiegenden Theil die Folge des auszuführenden Nachtragsetats pro 1874, wodurch die etatsmäßigen Stellen im Subalternenpersonal theils in höhere umgewandelt, theils vermehrt worden sind.

— **Graf Theodor Mycielski**, einer der vermögendsten Gutsbesitzer unserer Provinz ist am 6. d auf seiner Herrschaft Chocieszewice im Kreise Kröben gestorben. Derselbe war in seinen jüngeren Jahren Offizier im preußischen Garde Kürassier-Regiment, betheiligte sich im Jahre 1831 an dem polnischen Aufstande und wurde nach Beendigung desselben und nach seiner Rückkehr in die Heimath als Landwehroffizier zu einer Festungsstrafe verurtheilt, welche er zuerst in Gilgenburg, darauf in Stettin abbüßte. Der Verstorbene war ein eifriger Pole und genoß in hohem Grade die Achtung seiner Landsleute. Als tüchtiger und sparsamer Landwirth hatte er es verstanden, sein Vermögen im Laufe der Jahre zu verdreifachen.

— **Dr. Heinrich Maurus** zürnt uns nicht — trotz unserer absprechenden Kritik seiner drei Werke, denn er sendet uns heut aus Karlsruhe (wie der Poststempel zeigt) sein viertes Werk, betitelt „Ueber die Freiheit in der Volkswirthschaft." Da wir schwerlich Zeit haben werden, dieses umfangreiche Buch noch vor unserer Ferienreise zu besprechen, so wollen wir es hier wenigstens anzeigen. Auf dem Titel des Buches findet sich folgende Widmung: „Achtungsvoll der Verfasser, welcher Böhmen zu den deutschen Ländern Oesterreichs rechnet, weil dasselbe seit länger als einem halben Jahrtausend unbestritten zu Deutschland und bis 1866 zu den österreichdeutschen Bundesländern gehörte — sowohl geographisch als politisch". Mit dem ungewöhnlichen Ausdruck „die deutschen und polnischen Länder Oesterreichs" bezeichnet also Herr Maurus (das zisleithanische) Oesterreich im Gegensatz zu Ungarn. Im Uebrigen scheint der Verfasser mit unserer Kritik seiner Werke ganz einverstanden zu sein.

Bromberg, 8. Juni. [Bienenzucht in Bromberg. Messeraffaire Schlarbaum.] Seit dem Frühjahr d. J. haben wir in Bromberg eine indoktrielle Bienenzucht. Dr. Aßmuß, welcher im Jahre 1863—66 in Leipzig einen Bienenstand hatte und daselbst einen Bienenzuchtverein ins Leben rief, dessen Blüthen schöne Früchte tragen und von 1867—1873 in Polen die Bienenzucht im Großen betrieb, hat sich in Bromberg niedergelassen und hier ein Apiarium errichtet. Dasselbe zählt 60 Bienenvölker in Bauten mannigfacher Konstruktion, alle jedoch mit Mobilbau versehen. Dr. Aßmuß beabsichtigt seinen Bienenstand noch bedeutend zu vergrößern und durch Ertheilung von Unterricht in der Bienenzucht, diese Poesie der Landwirthschaft, mehr zu verbreiten. Seiner Ansicht nach, ist die Gegend um Bromberg für die Bienenzucht besonders geeignet, es muß hier eine ununterbrochene Tracht vom Frühjahr bis zum Spätherbst stattfinden: im ersten Frühjahre von den sehr vielen Weiden, Pappeln, Ellern, Ahorn, Stachel- und Johannisbeeren ꝛc., dann im Mai von den Obstbäumen, Kirschen, Pflaumen, Birnen, Aepfel; im Juni von Akazien, Roßkastanien, Himbeeren, Linden, verschiedenen Wiesen- und Feldblumen; im Juli bis August Buchweizen und Feldblumen und im August bis September das Haidekraut, welches gleichfalls in den Gehölzen der Umgegend Brombergs in Menge wächst. Dr. Aßmuß beabsichtigt übrigens im Monat August einen Theil seiner Stöcke in der Tucheler oder Conitzer Haide aufzustellen, wo seiner Meinung nach, die Bienen vom Haidekraut ausgezeichnete Ausbeute haben müßten. Daß Brombergs Umgegend beim rationellen Betrieb der Bienenzucht für letztere geeignet sein muß, ersieht man daraus, daß trotz der sehr kühlen Witterung in diesem Frühjahre bei Dr. Aßmuß schon mehrere Stöcke geschwärmt haben und 1 sogar schon Ende Mai, so wie daß seine Stöcke schon Honig zur Entnahme eingetragen. Wir machen hiermit die Bienenpächter und Bienenliebhaber auf den erwähnten Bienenstand des Dr. Aßmuß aufmerksam und bemerken, daß Dr. Aßmuß Jedem die Einrichtung der Bienenstöcke, so wie aller bienenwirthschaftlichen Geräthe auf's Bereitwilligste zeigt und jedem Anfänger mit Rath und That behilflich ist. Der vor einigen Tagen wegen Tödtung des Hilfsweichenstellers Markiewicz — nicht Maciejewski — zur Haft gebrachte Bahnhofswächter Schlarbaum zeigte bei seiner ersten Vernehmung über die von ihm ausgeführte blutige That auch nicht die geringste Reue, benahm sich im Gegentheil äußerst unbefangen, ja frech. Als er vernommen worden war, bat er um seine vorläufige Entlassung, da er ein schwerkrankes Kind zu Hause habe. Seine Bitte mußte natürlich abschläglich beschieden werden. Schlarbaum ist nach einer uns zugegangenen Mittheilung stets ein gefährlicher, zu Steit und Zank geneigter Mensch gewesen. Uebrigens ist derselbe wegen schwerer Körperverletzung eines Menschen, und zwar weil er einen Reisenden auf der Station Kreuz mit Schlägen und Messerstichen gefährlich verletzt hatte, bereits mit 4 Monaten Gefängniß bestraft worden. — Markiewicz, welcher bei der Ostbahn gegen 15 Jahre beschäftigt war, hinterläßt eine Frau und 6 Kinder. (Br. Z.)

Vermischtes.

* **Paris**, 5. Juni. [Pariser High-Life.] Ein hier unter dem Namen „Société de Charité maternelle" bestehender aristokratischer Frauenverein veranstaltete gestern in dem Konzertgarten der Elyseischen Felder unter der Firma eines wohlthätigen Zweckes ein ländliches Fest, eine Art von Kirmeß, in welcher die vornehmsten Damen, von den Gecken der fashionablen Klubs assistirt, am helllichten Tag in phantastischer Bauerntracht, die meistens dem vorigen Jahrhundert entlehnt war, allerlei Waaren feilhielten. In dieser höchst zeitgemäßen Maskerade waren die Gräfin Pourtalès, die Fürstin Metternich, die Herzogin von Mouchy und einige extravagante Russinnen und Amerikanerinnen obenan; unter den Gentlemen, welche an der Narrethei theilnahmen, bemerkte man den Grafen Turenne (kürzlich einer der Zeugen in dem Metternich'schen Duell), die HH. v. Fitz-James, Blount, Hubert aus Delamarre und andere Pflastertreter. Es ward eine Tombola veranstaltet, Bier geschenkt, Waffeln wurden gebacken, und was der geistreichen Unterhaltungen mehr sind. Das Gros der pariser Bevölkerung blieb taktvollerweise von diesem der allgemeinen Noth und Geschäftslosigkeit hohnsprechenden Unfuge fern; um so stärker war das Fest von jenen besucht, die in der hohen Gesellschaft Figur machen wollen, und die Halbwelt war natürlich besonders zahlreich vertreten, wie es ihr denn auch an intimen Beziehungen zu den Helden des Tages nicht fehlte. Die durch dieses „fromme Werk erzielte Einnahme soll sich auf etwa 50,000 Fr. belaufen.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.

(Beilage.)

Eine Wohnung von 6 Zimmern, Küche und Nebengelaß in der ersten Etage Schuhmacherstraße 20 ist vom 1. Oktober ab zu vermiethen.
M. Glückmann Kaliski.

Für ein od. zwei Herren ist während des Wollmarktes ein möbl. Zimmer mit Bett zu verm. **Friedrichsstr. 25,** im Hofe parterre.

Zwei fein möblirte Zimmer sind Mühlenstraße Nr. 12 während des Wollmarkts billig zu vermiethen. Zu erfragen Parterre daselbst.

Ein Zimmer mit Kabinet, Parterre, ist Friedrichsstraße 22 zu vermiethen.

Kleine Wohnungen vom 1. Juli Friedrichsstraße 22 zu vermiethen.

Eine kleine Wohnung, Wronkerstr. 21, 2. Etage, nach der Straße gelegen, ist an einen alleinstehenden ruhigen Miether zu vermiethen. Näheres daselbst.

Mühlenstraße 23 ist die I. Etage, bestehend aus 7 Zimmern, Küche, Corridor, Mädchenzimmer und Nebengelaß vom 1. October c. zu vermiethen.
Näheres daselbst II Treppen links.

Bäckerstr. 13b. ist eine Kellerwohnung per 1. Juli zu verm.

Gr. Gerberstr. 6 sind 1. Etage mehrere Zimmer u. Remise während des Wollmarktes **billig** z. v. Näh. b. Wirth.

Während des Wollmarktes ist Wasserstraße 2, 1 Treppe, eine große möblirte Stube zu vermiethen.

Ein kleines einfach möblirtes Zimmer mit besonderem Eingang wird z. 15. c. zu miethen gesucht. Adr. abzugeb. unter W. in der Exped. d. Ztg.

Schützenstr. 32, Ecke der Halbdorfstraße, 1 möbl. Stube, 2 Trepp., sogleich zu vermiethen.

Im Neubau Wallischei neben der Apotheke Wohnungen zum 1. Juli oder 1. Oktober zu vermiethen.

1 großes, gut möbl. Zimmer sof. zu vermiethen Waisenstr. 8, 1. Etage l.

Ein zuverlässiger
deutscher Wirthschafts-beamter,
der polnisch spricht und mit dem Rechnungswesen vertraut ist, findet auf einem größeren Dominium vom 1. Juli d. J. Stellung. Gehalt nach Uebereinkunft. Persönliche Vorstellung erwünscht. Nähere Auskunft ertheilt
Borek, den 3. Juni 1874.
Eichmann,
Administrator.

Zwei anständige junge Leute, die sich der Landwirthschaft widmen wollen, finden bei mir gegen Pensionszahlung baldigst Aufnahme. Die Güter sind in alter, hoher Kultur, intensiver Betrieb, große Dampfbrennerei, Lokomobile zur Torfpresse und Dreschen.
Luchowo bei Czerwinsk, Ostbahn-Station.
E. Graßnick, Inspektor.

Von einer deutschen Herrschaft auf dem Lande wird zum 1. Juli d. J. ein gewandter, gut empfohlener Koch oder eine ebensolche Köchin gesucht. Näheres zu erfahren in der Exped. dieser Zeitung.

1 erster Beamter findet bei ca. 300 Thlr. Gehalt Stellung. Persönliche Meldung von gut empfohlenen Beamten ohne Familie bei Unterzeichnetem z. Zeit des Wollmarkts: Posen Mittags Hotel de Rome, sonst zu Hause in Wronczyn bei Bahnstation Pudewitz.
Kundler.

Gesucht.

Ein gut empfohlener **Wirthschafter** mit 120 Thlrn. Gehalt. Zu erfahren
H. Beck,
Antonin **Posen.**

Ein Käserei-Gehilfe
durchaus nüchtern, findet sofort oder 1. Juli Stellung beim Käsefabrikant
Schulz in Turwia bei Kosten.

Einen Conditor-Gehilfen
sucht die Conditorei von
F. Rudzki.

Ein Uhrmachergehülfe findet dauernde Beschäftigung in Schroda beim Uhrmacher **B. Dzierzawski.** — Das Reisegeld wird erstattet.

Ein Hausknecht,
der mit Pferden umzugehen weiß, findet Stellung in **Fischers Lust.**

Zwei anständige, im Schneidern geübte junge Mädchen finden dauernde Beschäftigung bei
A. Heinze,
Friedrichsstraße Nr. 1.

Ein ordentl. Mädchen der deutschen und poln. Sprache mächtig, wird zum 1. Juli als **Verkäuferin** gesucht.
Breslauerstraße 40.
L. Rauscher.

Zwei geübte **Schreiber** gesucht von **Roeder,** Rechtsanwalt in Driesen.

Ein junger Mann,
tüchtiger Verkäufer, mosaisch, beider Landessprachen mächtig, wird für mein Manufaktur- und Modewaarengeschäft zum sofortigen Antritt gesucht.
Eduard Fink,
Gnesen.

Einen nüchternen, tüchtigen
Heizer,
oder nur solchen, wünscht sofort
Peter Kratochwill,
Dampfmühle Gnesen.

Für mein Tuch- und Manufaktur-Geschäft suche zum sofortigen Antritt zwei **Lehrlinge** der polnischen Sprache mächtig.
Pr. Stargardt.
B. Allendorff.

Ein erfahrener evangel. Hauslehrer,
der zugleich in Sprachen unterrichtet, sucht Stellung. Offerten erbeten unter L. F. 72 in der Exped. d. Ztg.

Ein Wirthschaftsassistent,
4 Jahre beim Fach, militärfrei, sucht 1. Juli anderweitige Stellung unter Chiffre R. F. poste restante Schlichtingsheim, Kr. Fraustadt.

Ein junges Mädchen, aus anständiger Familie, welches die Landwirthschaft erlernt hat, sucht Stelle als **Wirthschafterin** zur Stütze der Hausfrau in einer größeren Landwirthschaft. Gef. Anfr. bitte in der Exped. der Pos. Ztg. unter der Chiffre R. R. 66. niederzulegen.

Ein junges Mädchen aus guter Familie, die als **Verkäuferin** fungirt hat, sucht als solche in einem Weiß- oder Kurzwaaren-Geschäft anderweitiges Engagement. Offerten sub M. M. 30 in der Exped. der Posener Ztg. erbeten.

Stellen-Gesuche. Kommis für Mat., Delik., Destill. u. Schank such. sof. Stell. Näh. Kommiss. Scherek, Breitestr. 1.

Einige gute Stellungen weist nach **J. Zimmermann,** Berlin, Melchior 20. Honorar nach erfolgter Anstellung.

Die Tochter eines Beamten, welche in Wäsche, Plätten, Schneidern und Maschinennähen sich nützlich machen kann, sucht auf einem Gute Stellung zum Erlernen der Landwirthschaft, ohne Gehalt durch
Frau **Anders-Nietrzepkowska,**
Schloßstr. 5.

Ein junges Mädchen, der deutschen und polnischen Sprache mächtig, sucht Stellung, entweder als Verkäuferin in einem Geschäft, oder in einem Hause als Stütze der Hausfrau. Nähere Auskunft ertheilt **Isaac Warschauer,** Markt 62.

Ein junger **Assekuranzmann sucht** baldigst **Engagement** und werden Offerten sub Chiffre M. # 187 durch die Annoncen-Expedition von **G. L. Daube & Co.** in Posen erb.

Ein Mann, der mit der Locomobile Bescheid weiß, sucht Beschäftigung.
Gefl. Offerten werden unter B. B. poste rest. **Gnesen** erbeten.

Ein junger gebildeter Mann, der Wirthschaftsbücher führen kann, auch in der Wirthschaft Bescheid weiß, sucht Stellung als Hofbeamter oder Eleve mit kleinem Gehalt. Gefällige Offerten W. H. Nr. 25, poste restante Gnesen.

Ein junges Mädchen sucht zur Stütze der Hausfrau per 1. Juli c. Stellung.
Näheres **Markt Nr. 8** in der Uhrenhandlung.

Eine anständige Wittwe in den mittleren Jahren wünscht zum 1. Juli cr. oder später eine Stelle als Kinderfrau oder Stütze der Hausfrau.
Adressen unter B. C. in der Expedition der Pos. Ztg.

Mein Ehemann, der Bautechniker u. Maurer **Andreas Jakubowski** aus Jerzyce, hat sich heimlich von mir entfernt. Ich warne hiermit Jeden, demselben nichts zu borgen, da ich für keine Zahlung aufkomme.
Stanislawa Jakubowska,
geb. **Swiderski,** Halbdorfstraße 10.

Familien-Nachrichten.

Gestern folgte meine innig geliebte Mutter **Catharina Jaeckel,** geb. **Beck,** nach vollendetem 90. Lebensjahre dem ihr schon vor 51 Jahren vorangegangenen Gatten in die Ewigkeit.
Indem ich, zugleich im Namen meines Bruders und der mit uns trauernden 21 Enkel und 14 Urenkel, unseren Freunden diese Anzeige statt jeder besonderen Mittheilung erstatte, bitten wir um freundliche stille Theilnahme.
Posen, den 9. Juni 1874.
Jaeckel, Rechnungs-Rath.

Gestern Abend 9 Uhr starb an Altersschwäche unsere liebe Mutter, Großmutter und Tante die **Ww. Wilhelmine Malinska,** im Alter von 79 Jahren. Die Beerdigung findet Mittwoch, d. 10., Nachmittags 6 Uhr von der Bäckerstr. 3 aus statt. Um Theilnahme bitten
Die Hinterbliebenen.

Am 6. d. Mts. starb Vormittags plötzlich der
Freih. Theod. v. Seydlitz und Kurzbach,
Rechtsritter des Johanniterordens und Ritter ꝛc., in seinem 80. Lebensjahr.
Um stilles Beileid bitten
Winiec bei Mogilno.
Die Hinterbliebenen.
Die Beisetzung findet am Mittwoch zu Schloß Sulan statt.

Druck und Verlag von W. Decker & Co. (E. Röstel) in Posen.